

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verleger: Max Glöss Nachf., Moritzstraße 18, Dresden. Druck u. Verlag von 'epich & Reichardt in Dresden. Pöschel-Str. 106B Dresden.

Bezugs-Gebühr In Dresden und Vororten bei täglich postmöglicher Zustellung monatlich 14.— M., vierteljährlich 42.— M., durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 12,50 M., vierteljährlich 37,50 M. Die einpolige 37 mm breite Seite 4.— M. Auf Familienangehörigen, Einzelnen unter Stellen u. Wohnungsmarkt, 1 polige An- u. Verträge 25.— M. Vorzugsplätze laut Tarif. Zusätzliche Aufträge gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 70 Pf.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung: Moritzstraße 38/40. Druck u. Verlag von 'epich & Reichardt in Dresden. Pöschel-Str. 106B Dresden.

Abdruck nur mit beizüglicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**Max Glöss Nachf.**  
Moritzstraße 18.  
Beleuchtungskörper, Elektrische Platten,  
Kochtöpfe, Schütte-Lanz-Kochplatten.

**Kakao**  
**Deutschmeister**  
wird  
hervorragende Qualität  
Petzold & Aulhorn A.-G., Dresden

**Bergmanns Zahnpasta**  
**Rosodont**  
seit 70 Jahren bewährt  
Überall erhältlich

## Das Saßprogramm des „starken Mannes“.

### Der betrügerische Bankrott Deutschlands. — Sanktionen, Pfänder und Garantien.

#### Die französische Kammerdebatte.

Paris, 10. Jan. Das Palais Bourbon war während der Kammerdebatte von einem riesigen Polizeiaufgebot umgeben, da Gerüchte über beabsichtigte Unruhestörungen der Kommunisten verbreitet waren. Die Polizei hatte jedoch keinen Anlaß zum Einschreiten, die Ruhe wurde nirgends gestört. Die Sitzung begann kurz nach drei Uhr. Als Poincaré den Saal betrat, fluteten das Zentrum und die Rechte Beifall, während Sozialisten und Kommunisten tiefen Nieder mit dem Kopf schüttelten. Der Abg. Cachin wurde wiederholt zur Ordnung gerufen. Darauf verlas

#### Poincaré die Regierungserklärung.

Er in ihren wichtigsten Stellen folgendermaßen lautete: „Von dem Präsidenten der Republik zur Übernahme der Regierungsmacht unter ernsten Umständen berufen, hat das Kabinett, das sich Ihnen hiermit vorstellt, seinen anderen Auftrag, als in enger Zusammenarbeit mit dem Parlament die Aktion vor den Verträgen herausstellen, die die Friedensbedingungen enthalten. Das Verschwinden der vorläufigen Notbehelfe erleichtert die Vorbereitung des Haushaltsvorschlages für 1922, aber so ernstlich auch unsere Bemühungen sein mögen, können wir doch nur dann ganz sicher sein, die französischen Finanzen zu retten, wenn Deutschland, für dessen Rechnung wir schon so viele Milliarden ausgeleitet haben, sämtliche Verpflichtungen erfüllt. (1) Die es übernommen hat, und die Schäden wieder auf macht, die es verursacht hat. (2) Es wäre die schrecklichste Ungerechtheit, wenn ein Land, das einen unentschuldigten Angriff erdulden mußte und von dem 18 Departements durch die Invasion vernichtet wurden, nach seinem Siege auf seine Kosten die Ruinen wieder aufbauen müßte, die ein Krieg von vierjähriger Dauer auf seinem Gebiet geschaffen hat, und wenn es seinen Steuerpflichtigen summen müßte, die regelmäßigen Anwendungen für die Hinterbliebenen der Kriegsdienstigen, der Witwen und Waisen, für die Kriegsschädigten und Hinterbliebenen der bürgerlichen Familien, die vom Feinde erschossen worden sind, sicherzustellen.“

Eine schamlose Propaganda, deren geistige Urheber nur zu leicht zu vermuten sind, richtet sich heute gegen Frankreich

und bemüht sich, seine Haltung und seine Absichten zu entstellen. Man schildert uns in einer Weise als seien wir von einer Art imperialistische Follheit befallen. Wir fordern Einhaltung der Verträge, das Parlament anzuernennen hat und die die Unterdrückung Deutschlands, Frankreichs und seiner Alliierten tragen. Wir fordern nur Zahlung dessen, was man uns schuldet. Wie könne Frankreich in dieser wichtigen Frage nachgeben.

#### Deutschland behauptet, es sei zahlungsunfähig. Im Gegenteil, es verschleudert systematisch seine Mittel.

Es zahlt weniger Steuern als Frankreich, es erhält keine Steuerbeiträge unregelmäßig, es macht unbegründete Ausgaben und gibt Papiergeld aus, das den Wert seines Geldes verringert und seine Anleihe fürdert. Es sieht daran, daß seine Großindustriellen ins und ausländische Zahlungsmittel in ausländischen Unternehmen anlegen. Während es aber dieses scheinbare Geld organisiert, (1) verteilen seine Gesellschaften riesige Dividenden, arbeiten seine Fabriken in vollem Umfang, nimmt keine wirtschaftliche Stärke jeden Tag zu. Wenn sich der Staat ruiniert, bezeichnet sich doch die Nation. (2) Nun ist es aber die ganze Nation, die mit ihrem Einkommen und ihrem Kapital Bürge der Staatsschuld ist. Im Namen der Nation wurde der Vertrag von Versailles und der von der Reparationskommission aufgestellte Zahlungsplan, sowie die im Mai 1921 aufgestellte Gesamtforderung der Alliierten angenommen. Frankreich verteidigt nur die internationalen Abkommen. Es gehorcht weder einem Gefühl des Hasses und der Rachsucht, (3) noch den Einfühlungen des Egoismus. Es hat den lebhaften Wunsch, die Welt sobald wie möglich aus ihrem schmerzlichen Unbehagen herauskommen zu sehen, das auf ihr lastet. Die Regierung ist jedoch der Ansicht, daß die grundlegenden Bedingungen für den allgemeinen wirtschaftlichen Wiederaufbau die Wiederherstellung der verwaunten Gebiete in den beiden Ländern ist, die zuerst von den Deutschen angegriffen wurden. Nicht nur die Gerechtigkeit fordert die Wiederherstellung, sondern das allgemeine Interesse der Welt. Denn Frankreich und Belgien verurteilt werden, so würde das einen unvermeidlichen Mißerfolg aller weiteren Versuche bedeuten.

#### Das Problem der Reparationen bezieht sich daher auf alle anderen.

Wenn Deutschland in dieser wichtigsten Frage seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, so werden wir die nach Ansicht der Reparationskommission zu erachtenden Maßnahmen zu prüfen haben. Die erste wird sich, ohne vorzugreifen, auf die Pfänder und Garantien (1) beziehen, deren Notwendigkeit anerkannt werden kann, und auf die Einrichtung einer wirksamen europäischen Kontrolle über den Reichshaushalt, die Notenausgabe und die Währungsverwaltung Deutschlands. So wichtig auch diese Angelegenheiten für Frankreich ist, so darf sie uns doch die anderen Bestimmungen des Vertrages von Versailles nicht vergessen lassen, wie die Abrüstung und die Bekämpfung der Kriegsverbrecher. (2) Solange

diese unangeführt bleiben, werden wir nicht nur vollkommen berechtigt sein, die Sanktionen, die erlassen worden sind, beizubehalten und weitere zu erlassen, sondern wir werden auch erwägen, sie zu erklären, daß die Sanktionsmaßnahmen für das linke Rheingebiet noch nicht zu laufen begonnen haben. (3) Das ist die Auffassung, die die französische Regierung immer vertreten hat. Mehr als je ist es wichtig, sie beizubehalten.

In diesen verschiedenen Fragen und in ihnen, vor die wir noch gestellt werden, werden wir uns loyal benehmen und uns mit unseren Verbündeten verständigen. Wir werden die Prüfung der Anträge wieder aufnehmen, die vorübergehend Mißverständnisse hervorgerufen haben. Wir werden uns bemühen, diese unverzüglich beizulegen. Eine wirksame Garantie für den Frieden ist das Bestehen von Abkommen zwischen den Völkern, die durch die Gemeinamkeit der Interessen geboten sind, wie der kleinen Entente deren Zweck Frankreich freudig begrüßt und deren Fortschritt es mit voller Sympathie verfolgt. Die Regierung werde es sich zur Ehre anrechnen, ihre taktische Verantwortung beim Völkerbund fortzuführen. Die Ergebnisse, die er schon erzielt hat, lassen erwarten, was die Welt mit Recht von ihm erwarten kann. (4)

#### Die Einladungen zur Konferenz von Genua

wurden von den Alliierten verurteilt. Wir werden nachdrücklich fordern, daß die im Programm zu Genua festgelegten Bedingungen von den Delegierten vor jeder anderen Debatte angenommen oder abgelehnt werden und daß keine Bestimmung der Verträge auch nur indirekt auf der Konferenz in die Debatte gezogen wird. Wir werden uns sehr glücklich schätzen, wenn

#### das englisch-französische Abkommen,

das der Festigung des Friedens dienen soll, bald von Frankreich und England unterzeichnet werden kann. Wir zweifeln nicht daran, daß es von beiden Ländern auf der Grundlage absoluter Gleichberechtigung unterzeichnet werden kann, da es beiden Ländern nützlich ist. Wir zweifeln auch nicht daran, daß dieses Abkommen ohne Einschränkungen die gegenwärtigen und die zukünftigen Garantien beibehält, wie sie die Friedensverträge anerkennen. Wir werden uns gleichmäßig mit Italien und England zu verständigen haben, um zu versuchen, im Orient die Wiederaufnahme der Friedensgespräche zwischen Griechen und Türken zu verhindern, um im Einklang mit unseren Verbündeten Augen auf dem Abkommen von Agoria zu ziehen und endlich wieder Ruhe an den Toren Europas zu schaffen.

#### Die Aussprache.

In der auf die Rede folgenden Interpellationsdebatte erklärte der Sozialist Barone, Poincaré habe mit der Tradition gebrochen, daß ein ehemaliger Präsident der Republik sich in das Privatleben zurückziehe. Die Sozialisten seien seine entschlossenen Gegner, da die Rückkehr Poincarés zur Macht die Rückkehr zur militärischen Politik bedeute und im Lande Unruhe hervorgerufen habe. (1) (Zuschreufe: Wo herrscht Unruhe? In Berlin! In Moskau!) Das neue Kabinett dürfe den Wünschen Poincarés kaum entsprechen. Er habe ein Kabinett der nationalen Einigkeit schaffen wollen, habe aber nur ein Kabinett des nationalen Blochs zustande bringen können. Dieses sei nichts anderes als

#### ein Kabinett Briand ohne Briand.

denn ein der Mitarbeiter Briands seien in das neue Kabinett übernommen worden. Entweder war es also unrichtig, Briand zu führen, oder Unrecht seine Mitarbeiter zu übernehmen. Der Friedensvertrag sei nicht nur zwischen Frankreich und Deutschland abgeschlossen worden, sondern zwischen den Alliierten und Deutschland. Die Politik Poincarés führe zur Isolierung. Ich verlange von Ihnen, daß Sie nicht denjenigen Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland unterstützen, der reparieren will. Ich habe auch die Überzeugung, daß, wenn Sie alle anderen Vorschläge zurücklassen, Sie früher oder später, ich glaube in fünf, zu den Vorschlägen zurückkehren werden, die praktische Menschen allein für realisierbar halten, nämlich, daß Deutschland bezahlen muß, was es mit Geld bezahlen kann und was nach internationalem Urteil mittels einer Wiederaufbaupolitik Europas aufgebracht wird, die in Genua beschlossen wird.

Der Kommunist Cachin sprach davon, von der Konferenz von Genua. Er erinnerte weiter an die Politik, die Poincaré 1914 getrieben habe und an die Briefe, die Jowoff an Salanow gerichtet habe. Ministerspräsident Poincaré antwortete: Ich sehe diesen Briefen das formelle Zement entgegen. Ich habe sie niemals gesehen, sie existieren nicht! Abg. Cachin erwidert: Wenden Sie sich an Jowoff! (Mehrere Abgeordnete rufen: Der ist tot.) Poincaré erklärt: Diese Briefe existieren nicht und wenn sie existieren, dann sind sie falsch. Weiter wird die Kammer bald ein Votum über alle Geiseln auf dem Balkan erhalten. Abg. Cachin fährt fort: Wir glauben an Selbstbehalt nicht mehr. Poincaré erwidert: Ich antworte Sie, selbst die Trepelken durchzubringen, die sich am Ufer d'Orfen befinden. Cachin beendet seine Rede mit dem Satz, das Proletariat sei gegen jede Politik, die wieder zum Krieg führen könne.

Der Abg. Bonnet hielt alldann eine Rede, von der Cavas behauptet, daß niemand ihr zuhöre.

(Den weiteren Bericht siehe Seite 2)

## Wir und Lord George.

Je mehr der französische Militarismus sich aufbläst, als Amokläufer durch ganz Europa zu rasen und die kontinentalen Wiederaufbaupläne Lord Georges aufzuheben zu machen, desto mehr wird auch die britische Politik gezwungen, in ihrer Stellung gegenüber dem ehemaligen Kriegsgegner, dessen verbündete Welt sie nicht zu ändern vermag, Harde zu bekennen. Neuerdings scheint sogar der Stellungsmagat Northcliffe, der bisher den Franzosen die Stange hielt, zu der Erkenntnis gekommen zu sein, daß mit dem sinnlos währenden Nachhaken seitens des Kanals in der praktischen Politik nichts anzufangen ist. Darauf läßt er auffällige Schwere der „Times“ ichteten, die sonst immer mit neuerlicher die Sache des französischen Chauvinismus vertrat, jetzt aber mit einem Male einen recht empfindlichen kalten Wassertrahl nach Paris gerichtet hat. Das Leitblatt erklärte, an ein Abkommen zwischen England und Frankreich sei nicht zu denken, wenn Frankreich den Versuch mache, eine besondere Klausel für die Verteidigung Polens darin aufzunehmen. Die französische Auffassung, daß Polen an Stelle Rußlands einen deutschen Angriff auf Frankreich verhindern soll, werde von England nicht geteilt. Wenn Frankreich die Absicht habe, sich seine Reparationen auf eigene Faust mit militärischen Mitteln zu beschaffen, so werde es die phantastische aller Enttäuschungen erleben. Mit dieser Stellungnahme der „Times“ gegen Frankreich hat Lord George einen großen Erfolg errungen, und die Londoner Politik ist dadurch in eine Phase getreten, in der sich für und die zwingende Notwendigkeit ergibt, zu einem klaren Urteil über die politischen Ziele Lord Georges zu gelangen, wenn wir England gegenüber die richtige Einstellung gewinnen wollen. Von diesem Standpunkte geht auch eine Betrachtung der „Krenz-Bl.“ aus, die deshalb besonders bemerkenswert ist, weil sie offenbar die in maßgeblichen konservativen Kreisen herrschenden Anschauungen widerspiegelt. Der Kern der Ausführungen beruht darin, daß dem deutschen politischen Publikum geraten wird, Lord George weder zu hoffen, noch zu lieben, sondern ihn ruhig und nüchtern nach unserem realpolitischen Interesse zu würdigen. Von diesem Gesichtswinkel aus sei es unvermeidbar, daß Lord George mit Aufricht, Tatkraft und Fähigkeit das dem englischen Nutzen dienende Ziel verfolge, die deutsche Stellung so weit zu härten, daß Deutschland in den Stand gesetzt wird, Frankreich wieder in Schach zu halten. Dabei dürfen wir natürlich keinen Augenblick vergessen, daß es nicht Freundschaft für uns ist, was Lord George zu seinem Handeln bestimmt, sondern daß lediglich das britische Interesse die Triebfeder seiner Politik bildet, und dementsprechend wird er auch in der Förderung der deutschen Weltanschauung nie über die Grenze hinauszugehen, bis zu der England das Wiedererwachen der deutschen wirtschaftlichen Lebenskraft als nicht für sich selbst gefährlich erachtet. Einweilen aber liegt unsere Stärke gegenüber Frankreich in der Richtung des britischen Vorteils, und deshalb müssen wir unsere Politik darauf einstellen, daß ebenfalls einweilen das deutsche Interesse mit dem britischen Hand in Hand geht. „Das nicht sehen zu wollen“, meint das konservativ-organ, „weil England uns von unserer Höhe herabgeworfen hat, weil die Methoden des englischen leitenden Staatsmannes uns anstößig sind, oder weil wir wissen, daß uns über kurz oder lang gegensätzliche Interessen wider trennen werden, wäre töricht. Wir dürfen unter Herz nicht in unsere Politik legen. Wir brauchen England nicht zu lieben, wenn wir mit unserer Politik an seine Seite treten. Es will sich auch gar nicht leben lassen. Und aufgedrängte Liebe wirkt aber entfernend und abstoßend.“

lassen wir uns also die Würdigung der Persönlichkeit Lord Georges ohne Born und Leidenschaft aneignen, kein, so müssen wir sagen, er ist von allen englischen Staatsmännern der Gegenwart der einzige, dem die Fähigkeit zugetrant werden kann, trotz aller weltverändernden Umstände und unerwarteten Extratouren letzten Endes in zielbewußter Weise die britische Politik auf einer Frankreich im Hause haltenden kontinentalen Grundlage zu orientieren. Schlägt die auswärtige Londoner Politik endgültig diese Richtung ein, so bedeutet das nichts anderes, als die Erfüllung des Testaments des berühmten englischen Staatsmannes William Pitt, des größten Gegners Napoleons I., der in seinem Vermächtnis an die britische Nation folgende Grundröße aufstellte: Frankreich ist Großbritanniens ewiger, mächtiger Feind und Nebenbuhler. Deutschland ist dem unruhigen und eroberrüchigen weltlichen Volke seit Jahrhunderten das Ziel des Ehrgeizes; dahin strebt es seine Grenzen auszuweiten, dort will es herrschen. Willst du ihm diese Ausdehnung, so ist Großbritannien in Gefahr. Es ist also not, für uns und für die Deutschen eine recht starke Landwehr aufzubauen, damit das unstillbare französische Weltli, gegen Norden vorzudringen, abgemäßt werde. Dann, wenn Frankreich besieg und mit zerrissenen Fahnen in seine Grenzen zurückgelagt sein wird, werde der rechte deutsche Reichskämpfer als Grenzwächter eingesetzt, der für beide Völker gegen den gemeinsamen Feind auf der Wache liege. In dieser Rolle ist Preußen im Westen berufen.“ Es scheint, daß Lord George, gezwungen durch die kulturfeindliche Unersättlichkeit des französischen Militarismus,